

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Donnerstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Einwirkung des Reichs- und Landespostamts sind die Preise für den Versand ins Ausland 21,50 M. jährlich, für den Versand ins Ausland 21,50 M. jährlich, für den Versand ins Ausland 21,50 M. jährlich, für den Versand ins Ausland 21,50 M. jährlich.

Die schlagfertige Kampfschrift über deren Namen kostet 5,- M. einschließlich Postgebühren. Kleine Ausgaben: Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Postgebühren. Kleine Ausgaben: Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Postgebühren. Kleine Ausgaben: Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Postgebühren.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Geschichtsfälschungen der „Roten Fahne“

Von Georg Ledebour.

Die Auseinandersetzungen auf der Reichskonferenz der U. S. P. D. darüber, ob unsere Partei sich der kommunistischen Internationale unter den von Moskau diktierten Bedingungen anschließen soll oder nicht, lieferten der „Roten Fahne“ den Vorwand zu einer Reihe von Angriffen gegen mich. Zunächst publizierte sie ein Sammelsurium längst widerlegter Verleumdungen unter der Überschrift: „Kritik an Georg“. Dann erschien ein längerer Artikel: „Georg Ledebour, die Revolution und die Anderen“, der beansprucht, eine geschichtliche Darstellung der Berliner Erhebung von 1919 zu sein, in Wirklichkeit aber darauf angelegt ist, durch lügenhafte Verdrehungen die Erhebung selbst und mich persönlich zu diskreditieren. Da ich durch eine Reihe bisher verbündeter, kann ich erst jetzt das Wort dazu nehmen. Das ist aber notwendig, da auch diese Geschichtsfälschung der „Roten Fahne“ dem kommunistischen Plane dienen soll, das Ansehen der Unabhängigen Sozialdemokratie zu untergraben, um sie so leichter zertümmern zu können.

Der Artikel setzt ein mit den Worten:

Die Gräfin Kwidledt bekam mit fünfzig Jahren ein Kind. Das liebte sie mehr, als andere Mütter ihre Kinder lieben; sie verteidigte es gegen eine Welt, das es ein echter Kwidledt sei. Georg Ledebour hat — dasselbe Wunder der Natur — mit siebzig Jahren eine Revolution „gemacht“. Die liebte er mehr, als andere Revolutionäre ihre Revolution lieben; er verteidigte sie gegen eine Welt, da sie ein echter Ledebour sei. Und das ist die Januar-erhebung des Jahres 1919 — um die es sich handelt — in der Tat gewesen.“ usw.

Entkleidet man diesen Satz seines albernen Kwidledt-Aufpuges, so kommt er auf die doppelte Behauptung hinaus, daß ich die Revolution im Januar 1919 „gemacht“ und mit meiner Urheberchaft dieser Revolution geprahlt hätte. Beide Behauptungen sind nachweislich wider besseres Wissen frei erfunden. Wenn ich über jene Januarvorgänge mich sehr gründlich ausgesprochen habe, so deshalb, weil ich mich, und zwar allein, fünf Wochen lang wegen meiner Beteiligung daran vor dem Geschworenengericht habe verteidigen müssen. Aber in diesen langwierigen Verhandlungen, über die der stenographische Protokollbericht gedruckt vorliegt, habe ich nichts gesagt, was die Verdächtigung rechtfertigen könnte, als hätte ich damit geprahlt, die Januar-erhebung „gemacht“ zu haben. Ich habe ihre Entstehungsgeschichte vollkommen wahrheitsgemäß dargestellt. Es geht daraus hervor, daß die Erhebung auf dem entschlossenen Massenwillen der revolutionären Arbeiterschaft Berlins, und zwar unterschiedslos der Unabhängigen wie der Kommunisten, beruhe, nicht auf der „Mache“ irgend einer einzelnen Person. Für die Rechtfertigung dieser Massenaktion habe ich mich mit aller Energie eingesetzt und mein Solidaritätsgefühl dadurch betätigt, daß ich die volle politische Verantwortung für diese revolutionäre Aktion übernommen habe. Nach Ansicht meiner Verteidiger bin ich bei Übernahme der Verantwortung weiter als nötig gegangen. Ich wollte aber alles vermeiden, was auch nur den Schein hätte erwecken können, als ob ich mich von der vollen Mitverantwortung zu drücken suchte. Ich habe es ferner auch sorgfältig vermieden, etwas zu sagen, was irgend einen an der Erhebung beteiligten Genossen für bestimmte falsche Maßnahmen hätte verantwortlich machen können.

Keine konterabschaltliche Zurückhaltung wird nun von der „Roten Fahne“ dazu ausgenutzt, um mir die Schuld für allehand zweifelhafte Mißgriffe und Unterlassungssünden aufzubürden. Insbesondere soll ich schuld daran sein, daß am 5. und 6. Januar infolge endloser, unfruchtbarer Beratungen der Führer es zu keinen ernstlichen Aktionen der tatbereiten Masse gekommen sei. Es wird dann angedeutet, daß die an der Bewegung beteiligten Kommunisten eigentlich mit dem ganzen Vorgehen nicht einverstanden gewesen seien.

Diese Darstellung stellt die Dinge vollständig auf den Kopf. Um sie zu entkräften, bin ich genötigt zu einigen Feststellungen, aus denen klar hervorgeht, in welcher infamer Weise die „Rote Fahne“ fälscht.

Die gewaltige Demonstration am 5. Januar 1919 hatte allen Teilnehmern die Ueberzeugung beigebracht, daß die Massen zur Aktion drängten. Die Organisation der Revolutionären Obleute trat abends zusammen zur Beschlußfassung darüber, was nunmehr zu geschehen habe.

Die mehrstündige Debatte wurde hauptsächlich geführt zwischen einigen Unabhängigen und Kommunisten, darunter insbesondere Karl Liebknecht, die die Ausnahme des Kampfes eindringlich befürworteten, und Däumig und Richard Müller auf der anderen Seite, die dem widerrieten. Ueber mein eigenes Verhalten in jener Sitzung habe ich vor Gericht mit folgenden Worten Auskunft gegeben:

„Ich habe in dieser mehrstündigen Verhandlung, da ich über die Auffassung und Stimmung in der Arbeiterschaft, besonders aber über die Auffassung und Stimmung der Soldaten nicht so genau unterrichtet war, mich zunächst vollständig zurückgehalten. Das einzige Mal, daß ich das Wort ergrieff, war, um zu betonen: Wenn wir uns entscheiden, muß das — als geschehen.“

Ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter

Gegen das sozialistische Groß-Berlin

Die Rat des Bürgertums über die rote Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung hat es dazu getrieben, noch schnell Gesetzesänderungen herbeizuführen, um die „rote Gewaltherrschaft“ einzulegen. Gestern verhandelte der 17. Ausschuß der Preussischen Landesversammlung über die ihm überwiesenen Anträge. Der Vertreter der Unabhängigen Fraktion hatte inzwischen eine Anzahl Anträge eingereicht. Sie gingen dahin, den Magistrat auf 30 Mitglieder zu erhöhen, sie sämtlich zu befolgen, ferner die Amtsdauer der Magistratsmitglieder anstatt auf 12 Jahre auf 4 bzw. 6 Jahre festzusetzen. Die gleiche Amtsdauer soll auch für die Bezirksbeamten und Ortsvorsteher maßgebend sein. Ferner soll als Ortspolizeibehörde von Groß-Berlin nicht der Polizeipräsident, sondern der Oberbürgermeister von Berlin gelten; ein Antrag, der auf die Verdrängung der Polizei hinausläuft.

Die Deutschnationalen verlangten, daß die Regierung den Oberpräsidenten anweisen soll, die getätigten Stadtratswahlen nicht zu bestätigen. Diese Anregung wurde von sozialistischer Seite entschieden bekämpft. Eine Nichtbestätigung sei nicht gerechtfertigt, außerdem würde durch ein derartiges Eingreifen des Staatsministeriums Berlin unter ein neues Ausnahmerecht gestellt. Unterstaatssekretär Dr. Freund teilte mit, daß bis jetzt überhaupt noch keine Bestimmungen erfolgt seien. Die hierauf bezügliche Zeitungsnachricht sei falsch. Der Oberpräsident habe auch keine Absicht, eine Bestätigung vorzunehmen, solange nicht klar sei, welche gesetzgeberischen Änderungen die Landesversammlung über die Zusammensetzung beschließen werde. Aus der bereits erfolgten Wahl zu Stadträten würden sich nach keiner Richtung hin finanzielle Konsequenzen ergeben.

Zunächst wurden die Anträge der Deutschnationalen und der Volkspartei verhandelt, den Termin des Inkrafttretens des Gesetzes weiter hinauszuschieben. Gegen die Antragsteller Lüdicke und Dr. Leidig wandten sich der Abgeordnete Leid, U. S. P., und die Abgeordneten Brückner und Siering, S. P. D. Jetzt schon seien die Zustände in Groß-Berlin unerträglich und führten zu den größten Schwierigkeiten. Die Anträge seien vollkommen unmöglich. Mit 12 gegen 5 Stimmen, bei Stimmenthaltung des Zentrums, wurden diese Anträge abgelehnt. Anders wurden die Anträge angenommen, welche festsetzen wollen, daß der Magistrat auch unbefristete Mitglieder in sich aufnehmen müsse. Diese Anträge hatten von vornherein eine geschlossene Mehrheit für sich. Abgeordneter Leid, U. S. P., beantragte, die Zahl der Magistratsmitglieder auf 36 hinaufzusetzen und sämtlich zu befolgen. Er und die Redner der Rechts-

sozialisten wiesen erneut auf den ausnahmesehlichen Charakter dieser Gesetzesmacherei hin, die sich lediglich gegen die sozialistisch denkende Bevölkerung von Groß-Berlin richte. Man wolle den bei der Wahl zum Ausdruck gekommenen Willen durch eine Gesetzesänderung korrigieren und umfassen. In der Abstimmung wurde der Antrag Leid abgelehnt und die Zahl der Magistratsmitglieder auf 30 festgesetzt.

Ferner beschloß der Ausschuß, mit 15 gegen 11 Stimmen, unbefristete Mitglieder in den Magistrat zu nehmen. Genosse Leid beantragte, die Zahl der unbefristeten auf 3, im Ablehnungsfalle auf 5 evtl. auf 10 festzusetzen. Auch diese drei Eventualanträge verfielen der Ablehnung. Es wurde beschlossen, die Zahl der unbefristeten auf 12 festzusetzen. Ein weiterer Antrag der bürgerlichen Parteien ging dahin, die Bestimmung im § 23 zu streichen, nach welcher die erstmalige Bestellung der Vorsteher und Stellvertreter der Bezirksämter durch den Berliner Magistrat erfolgen soll. Auch dieser Antrag ist nur aus politischen Gründen gestellt. Es soll verhindert werden, daß ein Magistrat mit sozialistischer Mehrheit auf die Befehle der Bezirksämter Einfluß nimmt. Diese Tatsache wurde von Rednern der Rechtssozialisten und unseren Rednern festgenagelt. Auch dieser Antrag wurde mit derselben Mehrheit — 15 gegen 11 — angenommen.

Da nach dem Stande der Dinge am 1. Oktober in Groß-Berlin ein neuer Magistrat noch nicht vorhanden ist, wurde in den § 58, der von den Uebergangsbestimmungen handelt, eingefügt, daß die Magistratsarbeiten fortzuführen haben, bis der Magistrat der neuen Stadtgemeinde gebildet ist. Auch dieser Antrag wurde gegen die sozialistischen Stimmen angenommen. Ferner wurde nun noch darüber verhandelt, ob für alle Stadträte Neuwahlen vorgenommen werden müßten oder nur für die 20 sogenannten politischen Stadträte. Der Vertreter der Regierung äußerte sich dahin, daß seiner Auffassung nach eine Neuwahl allgemein erfolgen müsse. Der Ausschuß stellt sich auf einen anderen Standpunkt. Er beschloß eine für die Ausführungsanweisung der Regierung bestimmte Resolution, nach der nur die 20 „politischen Stadträte“ einer Neuwahl zu unterziehen seien, daß dagegen eine nochmalige Wahl der Fachstadträte nicht für notwendig erachtet werde.

Nachdem die Mehrheit des Ausschusses ihr neues Ausnahmegesetz unter Dach und Fach hatte, kam sie unter den Widerspruch der sozialistischen Mitglieder dahin überein, zunächst einen Teilbericht, in Form der angenommenen Gesetzesänderungen, an das Plenum der Landesversammlung zu erstatten, welches sich am Dienstag oder Mittwoch mit der Sache beschäftigen soll. Die übrigen noch eingebrachten Anträge sollen nach Verabschiedung dieses Gesetzes später verhandelt werden, was wahrscheinlich noch recht lange dauern wird.

Während also die „Rote Fahne“ mich als „Macher“ der Erhebung verhöhnt, der an endlosen Debatten die Schuld trage, hat sich mein Eingreifen, gerade umgekehrt, auf eine Mahnung zur Abklärung der Verhandlungen beschränkt. Ich habe dann allerdings für die Abwehr des Regierungsangriffs gestimmt, da sich mir die Ueberzeugung aufdrängte, daß wir gar nicht mehr zurück konnten, nachdem auf unsern Appell die Massen der revolutionären Arbeiterschaft mit so überwältigender Wucht ihren Entschluß zur Aktion bekundet hatten.

Das Bemühen der „Roten Fahne“, es so darzustellen, als ob die Kommunisten eigentlich nur widerwillig sich in die Aktion hätten hineinziehen lassen, wird schlagend widerlegt durch die Tatsache, daß gerade die Kommunisten eine viel zu optimistische Auffassung der Lage zum Ausdruck gebracht haben.

Denn es war ein Kommunist, der mitteilte, nicht nur die gesamte Volksmarineteilung, sondern auch die sämtlichen Regimenter der Berliner Garnison ränden geschlossen auf unserer Seite.

Es war ein Kommunist, der ankündigte, die Spandauer Garnison sei bereit, mit 20 Geschützen und 200 Maschinengewehren uns zu Hilfe zu kommen.

Es war ein Kommunist, der hinzufügte, auch die Garnison von Frankfurt a. D. sei zu unserer Unterstützung bereit.

Alles das hat sich am folgenden Tage schon als unrichtig herausgestellt. Ich mache jenen Genossen ihre irrigen Mitteilungen nicht zum Vorwurf; sie haben sie sicher in gutem Glauben gemacht. Standalös aber ist das Bemühen der „Roten Fahne“, unter Verschweigung jener ihr ganz genau bekannten Vorgänge das Zustandekommen der Beschlüsse vom 5. Januar zu meiner ganz persönlichen „Mache“ umzufälschen.

Die nämliche Methode der Verschweigung unbequemer Tatsachen und die Umfälschung anderer beobachtet die „Rote Fahne“ dann auch bei Darstellung der Vorgänge am 6. Januar. Das Blatt schildert, wie den ganzen Tag die Massen tatbereit auf der Straße gestanden und auf eine

Parole gewartet hätten, währenddem hätten die Führer beraten und beraten, wären jedoch zu keinem Entschluß gekommen. Dann hätten die Massen auf eigene Faust den „Vorwärts“ und andere Gebäude besetzt. Für die endlosen und fruchtlosen Beratungen der Führer macht das Blatt dann wiederum mich verantwortlich. Und wiederum ist diese Beschuldigung frech erlogen.

Zunächst ist die Zeitungsbefehlung nicht, wie die „Rote Fahne“ es darstellt, erst am Montag aus Unmut über endlose Beratungen der Führer vorgenommen worden, sondern bereits am Sonntag unmittelbar von der Demonstration aus. Ich habe das damals sofort scharf mißbilligt, nicht, wie die „Rote Fahne“ höhnend sagt, weil ich gegen „Gewalt“ sei, sondern weil das auf eine höchst törichte Kräfteverteilung hinauskam, die die geringen Streitkräfte der Arbeiterschaft in isolierte Gebäude festlegte, wo sie nachher mit verhältnismäßig leichter Mühe von den Truppen überwältigt werden konnten. Es wurde nachher vor Gericht festgestellt, daß bei der Verteilung der Arbeiter auf diesen schädlichen Posten die Besetzung der Arbeiter auf diesen schädlichen Posten die „Rote Fahne“ selbst, die im Dezember nach der bereits damals vorgenommenen Befehls des „Vorwärts“-Gebäudes geschrieben hatte, das nächste Mal würden die Arbeiter dauernd darin bleiben.

Was den Montag anbetrifft, so verschweigt die „Rote Fahne“ die folgenden Vorgänge: Am Morgen war in meiner Abwesenheit eine Truppe von 300 Mann zur Befehlsung des Kriegsministeriums ausgeschickt worden. Man hatte den Befehl einem beliebigen zufällig am Tor herumstehenden Matrosen übertragen. Es war das ein ehemaliger Schiffskellner Lemgen, der sich aus dem Ministerium zurückziehen ließ, um einen handschriftlichen Befehl einzuholen. Der wurde ihm von Liebknecht und Scholze ausgestellt; er verschwand damit und händigte ihn später in der Reichslanzei einem Beamten aus.

Um die nämliche Zeit war im Marstall der Stadtkommandant Fischer verhaftet worden. Es gelang ihm und anderen Anhängern der Regierung aber, die Volk-

marinedivision auf ihre Seite zu bringen. Sie erklärte sich neutral und veranlaßte den Revolutionärausschuß, den Marfall zu verlassen. Es rächte sich so, daß der Kommunist Dorrenbach, der die Volksmarinedivision im Revolutionärausschuß vertrat, es immer abgelehnt hatte, die Gesamtheit der Matrosen zu Rate zu ziehen. Er glaubte unbedingt in ihrem Namen handeln zu können. Es ist das ein interessantes Beispiel dafür, was bei der Führerdiktatur herauskommt, die uns jetzt wieder von den Kommunisten und deren Helfern in unseren eigenen Reihen als das gegebene Mittel für revolutionäre Situationen angepriesen wird. Die Massen, die nicht mitberaten und mitbeschlossen haben, lassen dann in heikeln Situationen die Führer einfach in Stich.

Ich selbst war während dieser ganzen „Beratungen“ überhaupt nicht anwesend, sondern war auf Wunsch einer Soldatendeputation und auf Wunsch des Revolutionärausschusses nach der Kaserne eines Garderegiments gefahren, um die Soldaten für die Bewegung zu gewinnen. Ich hatte also nicht beraten, sondern gehandelt, gewann aber zu meiner peinlichen Überraschung dort die Überzeugung, wie völlig falsch die uns am Tage vorher von kommunistischer Seite gegebene Versicherung sei, auch die Berliner Regimenter ständen auf unserer Seite. Auch von jenem Garderegiment war nur ein Teil für uns. Es hat sich dann gleichfalls für neutral erklärt. Ebenso erging es mir später im Heerlager von Döberitz.

Trotzdem ich an den ganzen Beratungen am Montag bis zum Abend gar nicht teilgenommen habe, entzündete sich die „Rote Fahne“ nicht, zu schreiben, es sei zu keiner Aktion gekommen, weil ich „mit dem Finger an der Nase“ endlos beraten hätte.

Als ich abends in das Polizeipräsidium kam, wurden wir vor die Frage gestellt, ob wir auf die von Dittmann, Cohn und Luise Zieh eingeleiteten Vermittlungsverhandlungen eingehen sollten. Ich habe das in jener Situation befürwortet und dann für den Revolutionärausschuß die Verhandlungen geführt bis zu meiner Verhaftung in der Nacht vom 10. auf den 11. Januar. Auch das habe ich vor Gericht gerechtfertigt.

Mit nicht geringem Erstaunen lese ich nun in der „Roten Fahne“:

„In dieser Situation hielt die Zentrale der K. P. D. die Zeit für gekommen, öffentlich von dieser Aktion abzurufen. Bereits am Mittwoch, den 8. Januar, abends, der ersten Gelegenheit, die sich ihr bot, beschloß sie, ihre Vertreter aus der Körperschaft der revolutionären Obleute zurückzuziehen. Es ist das Verschulden der Zentrale, daß sie den Widerstand, der sich gegen den Beschluß erhob, nicht mit allen Mitteln brach und daß der Beschluß so erst nach seiner Wiederholung, am Freitag, den 10. Januar, durchgeführt werden konnte.“

Man bedenke: Die gemeinsame Aktion der Unabhängigen und der Kommunisten beruhte auf einem gemeinsamen Beschluß der zuständigen Körperschaften. Das war ein Bund auf Gebot und Verbot. Da hatte keine Seite nachher das Recht, im Verlauf der Kämpfe, sobald die Sache schief zu gehen droht, sich zurückzuziehen. Es ist obendrein eine Schandung des Andenkens Karl Liebknechts, was die „Rote Fahne“ da behauptet. Denn ich bin fest überzeugt, Liebknecht hat einem solchen Befehl seiner Organisation, sich aus einem gemeinsamen Unternehmen zurückzuziehen, für das er einer der Hauptverantwortlichen war, nicht Folge geleistet.

Wie ich selber zu der Frage stehe, ob man sich aus einem gemeinsam unternommenen Kampf aus irgend welchen Gründen auf eigene Faust zurückziehen darf, auch darüber habe ich mich vor Gericht sehr deutlich ausgesprochen. Die Befehlung der Zeitungsgebäude war ein eigenmächtiger Akt, der unser Unternehmen schwer gefährdete. Meine eigene Haltung demgegenüber habe ich folgendermaßen definiert:

„Wir konnten die Leute nicht herausholen; es wurde uns runderhand erklärt, daß dem nicht Folge geleistet werden würde. Wir waren vor die Alternative gestellt, diese Tatsache auf uns zu nehmen, oder uns von der Bewegung zurückzuziehen. Ich werde mich niemals von einer Bewegung, die ich für notwendig halte und der ich zugestimmt habe, zurückziehen, weil Freunde, die in der Bewegung stehen, Fehler machen. Fehler werden wohl überall gemacht. Strategische und politische Fehler sind unvermeidliche Begleiterscheinungen jeder Bewegung.“

Man vergleiche damit das spätere Verfahren der Zentrale der K. P. D.! Was die „Rote Fahne“ da mitteilt, war ein schmachvoller Treubruch.

Die Leute, die sich dieses Treubruchs rühmen, sind aber die nämlichen, denen auf Grund der Moskauer Bedingungen die Leitung der revolutionären Arbeiterkraft in Deutschland überantwortet werden soll. Insofern ist die Selbstentlarvung der „Roten Fahne“ nicht ohne aufklärenden Wert.

Wie die Zentrale der K. P. D. im Januar 1919 aus engsterzigstem Cliqueninteresse vor einem Treubruch gegenüber ihren Kampfgesossen nicht zurückschreckte, so arbeitet sie jetzt mit Fälschungen und Verleumdungen gegen die Unabhängige Sozialdemokratie. Ich habe aber doch das Vertrauen zu der revolutionären Arbeiterkraft, daß sie sich durch diese Praktiken nicht zur Zertrümmerung unserer Partei aufheben läßt. Schließlich setzt sich doch die Wahrheit durch.

Vor einem neuen Kapp-Putsch?

Einigen der ja meist nur militärisch „gebildeten“ Herren von den rechtsstehenden Parteien scheint schon wieder einmal zu lange Frieden im Lande zu herrschen. Sie vermischen anscheinend das ihnen lieb gewordene Anathem der Maschinen-gewehre und die übliche Begleitmusik zu einem frisch-fröhlichen Bürgerkrieg. Um dies festzustellen, braucht man nur Blätter wie die „Baseler Allgemeine Zeitung“ in die Hand zu nehmen. In einem Artikel „Süßerung in Preußen“, in dem alle Vorfälle des deutsch nationalen Schimpfregisters liebevoll zusammengetragen werden, finden wir zum Schluß den folgenden Wink mit dem Zaunpfahl an die preußischen Minister, möglichst schnell freiwillig zurückzutreten:

„Am Preußenvolk und weit darüber hinaus, an der Bevölkerung im ganzen Reich ist es, dafür zu sorgen, daß dieser preußische Stand endlich ein Ende nimmt. Sperren sich die Kruppenheiligen noch länger, ihre gute Futterstätte aufzugeben, dann muß man es ihnen auf andere Weise klarmachen, daß sie, wie einst die Reichsregierung, zu verschwinden haben, wenn auch nicht gleich wieder nach Stuttgart. Wir denken, die Herrschaften werden uns hierin nicht mißverstehen, jedenfalls können wir, wenn über die preußische Regierung selbstverständliche Dinge über Nacht hereinbrechen sollten, für uns die Tatsache in Anspruch nehmen, rechtzeitig gewarnt zu haben.“

Überall weiterleuchtet es, und es bedarf nur eines ganz kleinen Anstoßes, um die angesammelte Unzufriedenheit in Preußen zur Entladung in einer nicht gerade allgemein üblichen Form zu bringen.

Uns scheint, deutlicher kann man nicht gut werden, denn etwas anderes als einen neuen Rechtsputsch, das vornehmste

geistige Argument, das diesen Herren zur Verfügung steht, wird man unter dieser geschmackvollen Ankündigung und Warnung nicht gut verstehen können.

Neuwahlen im Frühjahr?

Vor den Parteiführern der preußischen Regierungsparteien führte, wie der „Vorwärts“ mitteilt, Minister des Innern Severing am Donnerstag aus, daß das Wahlgesetz sofort verabschiedet werden müßte, wenn die Neuwahlen in Preußen bereits am 12. Dezember stattfinden sollten. Da aber die Beratung des Entwurfs nicht in dem verlangten Maße beschleunigt werden kann, so würde die Durchführung der Wahlen noch vor Weihnachten, namentlich die Einhaltung der Fristen, auf die größten technischen Schwierigkeiten stoßen. Am den Willen des Volkes einwandfrei festzustellen, würde man einer Frist von 10 bis 11 Wochen bedürfen. Auch ist es nicht möglich, bis zum Dezember noch eine Wahlbeteiligung der Gebiete, in denen eine Volksabstimmung stattgefunden hat, zu ermöglichen. Da die sozialdemokratische Reichstagsfraktion mit Sicherheit darauf rechnet, daß im Frühjahr Neuwahlen zum Reichstag stattfinden, so wäre es am praktikabelsten, auch mit den preußischen Wahlen bis dahin zu warten. Dann würde die Landesversammlung noch in aller Ruhe ihre Aufgaben erledigen können und sich so rechtzeitig äußern, daß die Neuwahlen zugleich mit denen zum Reichstag stattfinden können.

Im Verfassungsausschuß der preußischen Landesversammlung war die Ansetzung des Wahltermins auf Ende November bzw. Anfang Dezember verlangt worden. Es bleibt abzuwarten, ob sich die Parteien mit der Verschiebung des Wahltermins einverstanden erklären werden.

Der Arbeitsminister im Ruhrgebiet

Die „Dena“ meldet aus Essen: Bei der Konferenz, die der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns mit Vertretern der vier Bergarbeiterverbände in Bochum hatte, kamen die Vertreter fast aller am Bergbau beteiligten Arbeiter- und Angestelltenorganisationen zu Wort. Von allen Seiten wurde ernstlich auf baldige Sozialisierung gedrungen und insbesondere die energische Inangriffnahme des Preisabbaues verlangt. Von den Organisationsvertretern wurde auch Beschwerde darüber geführt, daß nichts geschehe, um die alten Berginvaliden, die besonders schwer unter der Teuerung leiden, sicherzustellen. Die Altersrenten seien so minimal, daß die Leute nicht den zehnten Teil der notwendigen Lebensmittel erstehen können. Weiter wurde eine andere Einteilung der Zeitbelieferung gewünscht. Es sei ein unhaltbarer Zustand, daß die Fehltraktion verlagert würde, wenn weniger als 75 Proz. einer Belegschaft sich an der Befahrung von Ueberflächten beteiligen.

Der Reichsarbeitsminister erkannte die Beschwerden der Bergarbeiter rückhaltlos an und gab zu, daß ihre Lage viel zu wünschen übrig lasse. Er versprach, seinen ganzen Einfluß geltend zu machen, um ihre Lage zu bessern, und auch bezüglich der Knappheitswünsche der Invaliden lagte er seine Prüfung zu. Heute weilt der Minister in Essen und hat dort eine Besprechung mit den Vertretern des Zechenverbandes, um auch die Auffassung der Unternehmer kennen zu lernen.

Anreizerei!

Wer die Haltung der rechtssozialistischen Presse während der jetzigen Auseinandersetzungen in unserer Partei zu verfolgen Gelegenheit hatte, wird feststellen müssen, daß auch die schäblichsten Mittel für gut genug befunden wurden, um im Interesse einer fleinsten Parteipolitik Stimmen- und Mitgliedsbeitrag auf Kosten der U. S. P. zu betreiben. Ein besonders charakteristisches Beispiel dafür liefert der „Vorwärts“, der seinen Aufruf an die Abonnenten mit folgenden Worten einleitet:

Die U. S. P. zerfällt. Sie hat vor vier Jahren die Einheit der Arbeiterbewegung zerstört, jetzt ist sie selber nur noch ein Trümmerschaufenster. Ein Teil von ihr wendet sich gläubig nach Moskau, ein anderer Teil, viele Tausende von Arbeitern umfassend, steht ratlos und verzweifelt und weiß nicht wohin. Viele haben schon den Wiederanschluß an die alte Partei vollzogen, andere würden ihn lieber heute als morgen vollziehen, wenn sie sich nicht schämen, ihren Irrtum einzugehen.

Wir zweifeln nicht, daß den anständigen Elementen in der U. S. P., angesichts dieser „geschäftstüchtigen“ Leistung ihres Zentralorgans, der Esel zum Halse steigt. Derartige Anreizereimethoden, die sehr bedenklich an den Mühlendamm erinnern, werden wohl kaum die Ueberzeugung fördern, daß die U. S. P. — wie es in dem Aufruf weiter heißt — die einzige Organisation sei, die die Arbeiterbewegung zu retten vermag.

Giftspriger

Genosse Richard Krill schreibt uns: Die nachfolgenden Ausführungen eines Anhängers der Aufnahmebedingungen unterbreite ich hiermit den Parteigenossen:

In einer am Mittwoch abend in Niederhörschneeweide stattgefundenen Versammlung, in der ich als Referent gegen die Bedingungen und Genosse Bachmann für die Annahme derselben sprach, behandelte der Korreferent u. a. Punkt 7, worin der Ausschluß bestimmter Personen verlangt wird. Genosse Bachmann führte dabei aus, daß sich ein Teil der Führer, vor allem Genosse Hilferding deswegen gegen die Bedingungen aussprächen, weil sie „Angst“ hätten, arbeitslos zu werden, und dann könnten sie in die Lage kommen, wie so viele von uns, den Arbeitsnachweis zu besuchen und abzustempeln zu gehen.“ Um die Wirkung dieser Worte zu erhöhen, begleitete er diese Sätze mit einem höhnischen Lächeln. Ich betone gern, daß die Versammlung, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht den erwarteten Beifall sollte. Auch sonst bemährte sich Genosse Bachmann krampfhaft, den Nachweis zu erbringen, daß er „reil“ für den Anschluß an Moskau ist. Ich bin nicht feinfühlig und habe als Referent in den letzten Wochen allerlei erlebt, jedoch eine derartige gemeine, perfide Erdärmlichkeit gerade von dieser Seite verdient es, dem Urteil der noch anständig denkenden Parteigenossen beider Richtungen preisgegeben zu werden.

Für die Amsterdamer Internationale

Mühlhausen i. G., 23. September.

Der Kongreß der Gewerkschaften von Elßaß und Lothringen nahm in seiner Schlussitzung mit 58 000 Stimmen die vom Bureau vorgeschlagene Resolution an, die auf dem Boden der Amsterdamer Internationale steht. Eine sehr große Mehrheit, nämlich 52 000 Stimmen, trat für den bedingungslosen Anschluß an die Moskauer Internationale ein. 4800 Teilnehmer enthielten sich der Abstimmung.

Die italienische Partei und die dritte Internationale

Rom, 23. September. (Stefani.)

Turati erklärte auf eine Frage des Mailänder Berichtserstatters des „Giornale d'Italia“ wegen der vom „Avanti“ veröffentlichten Bedingungen Lenins für die Zulassung zur dritten Internationale, man müsse sich fragen, auf welche Stärke die Kommunisten in Italien rechnen könnten. Denn neun Zehntel der parlamentarischen Gruppen und die überwiegende Mehrheit der Organisationen

seien, wie sich gelegentlich der Metallarbeiter-Bewegung gezeigt habe, keineswegs Kommunisten. Auf jeden Fall muß man, sagte Turati, den nächsten Kongreß der Partei abwarten und, wenn eine Spaltung eintreten sollte, werden wir die sozialistische Partei Italiens sein. Turati hob ferner hervor, die italienischen Sozialisten würden sich nicht als Anhang des bolschewistischen Rußlands betrachten lassen und würden ihren Erklärungen auf dem letzten Kongreß in Bologna treu bleiben.

Die englische Arbeiterpartei

Im „Zentralarchiv für Politik und Wissenschaft“ Nr. 100 befindet sich folgende Notiz:

Die „Labour Gazette“ gibt eine Uebersicht über den Bestand der englischen Arbeiterpartei und über die programmatischen Beschlüsse der Jahresstagung in Scarborough. Wir entnehmen dem Bericht folgende zusammenfassende Darstellung. Der Jahresbericht des Amis-aufschusses teilt mit, daß der Partei 120 Gewerkschaften mit 3 484 020 Mitgliedern verbunden seien und daß die sogenannte Parteizugehörigkeit 8 511 290 Personen umfaßt. Die „Labour Party“ hat ein Einkommen für Verbandsbildung unter den Arbeiterinnen eingeführt, der nicht nur der Partei als Berater hilft, sondern auch mit einer großen Anzahl von Arbeiterinnen-Verbänden in Verbindung steht. Die Jahresstagung in Scarborough befaßte sich vielfach mit Fragen der äußeren und inneren Politik, darunter auch jener des Ausschusses an die dritte Internationale, der mit 2 715 000 Reiu zurückgewiesen wurde. Auch wurden die der Labour Party angehörenden Abgeordneten angewiesen, den Gesetzentwurf über das Bergbauministerium zu bekämpfen. Ein völliges Verbot geistiger Getränke wurde mit 2 131 000 Stimmen abgelehnt. Auch die Verstaatlichung des Handels mit diesen Getränken fand keine Mehrheit. Ein Beschlusstrang zugunsten der örtlichen Beschlußfassung über Zulässigkeit und Unguldsigkeit des Verkaufes geistiger Getränke wurde mit 1 880 000 Stimmen genehmigt.

Der englische Bergarbeiterstreik verschoben

London, 24. September. (Reuters.)

Die Konferenz der Bergarbeiter-Delegierten hat beschlossen, dem Ersuchen Lord Georges stattzugeben und die Streikankündigung um eine Woche auszuschieben.

Rjasanow an Stelle Kamenevs

St. Petersburg, 24. September.

„Morningpost“ meldet, die Sowjetregierung habe nun endgültig beschlossen, Kamenev durch Rjasanow zu ersetzen. Rjasanow ist bereits in Stockholm und auf dem Wege nach England.

Genosse Rjasanow ist der deutschen Sozialdemokratie als langjähriger Mitarbeiter der „Neuen Zeit“ und vor allem als Herausgeber und Kommentator älterer Schriften von Marx und Engels bekannt. Seine mehrjährigen Botarbeiten zur Herausgabe einer umfassenden Marx-Biographie wurden durch den Krieg unterbrochen. Als die russische Revolution ausbrach, reiste er nach Rußland, wo er schnell eine führende Stellung in der Bewegung einnahm.

Zu Beginn der bolschewistischen Revolution übte er einige Monate lang das Amt eines Volkskommissars aus, er trat aber — in Verbindung mit der Stellung der bolschewistischen Partei zum Brest-Litowsker Frieden — in heftige Opposition zur Parteileitung und nahm längere Zeit keinen aktiven Anteil an der Regierung. Als Leiter der staatlichen Archive leistete er unermüdllich wertvolle Arbeit für die Wissenschaft. Auf politischem Gebiete befruchtete er sich darauf, nach Möglichkeit die Gegensätze innerhalb der Arbeiterbewegung zu mildern und die Interessen der verfolgten sozialistischen Gruppen gegenüber der allmächtigen „Außerordentlichen Kommission“ zu vertreten.

Als guter Kenner der internationalen Verhältnisse und als kluger, weitsichtiger Politiker wird Genosse Rjasanow zweifellos in London wertvolle Arbeit für die Herbeiführung des Friedens leisten.

Polnisch-russische Friedenskonferenz

Paris, 24. September.

Wie „Morning Post“ aus Riga meldet, werden auf der ersten Sitzung der polnisch-russischen Friedenskonferenz die polnischen Delegierten ihre Bedingungen unterbreiten, deren hauptsächlichsten die folgenden sind:

1. Sofortige Einstellung der Feindseligkeiten. Die Bolschewisten verpflichten sich, sich nicht in die innerpolitischen Angelegenheiten zu mischen.
2. Die Bolschewisten ziehen sich hinter die sogenannte Bilsudski-Linie zurück, welche die Polen vor dem roten Vormarsch im Juli befestigten. Diese Linie ist nur eine Waffenstillstandslinie.
3. Eine Klausel des Friedensvertrages wird die Anzahl der Leute bestimmen, die jedes Land unter Waffen halten darf.
4. Die Linie Bialystok—Grajewo steht von der Unterzeichnung des Waffenstillstandes an für den Handel zwischen Westeuropa und Rußland unter polnischer Kontrolle.

Ungarische Waffenhilfe für Wrangel

U. Warschau, 24. September.

Der Warschauer Vertreter der „K. G.“ erklärt aus sicherer Quelle, daß General Malarow, der Vertreter Wrangels in Warschau, sich wegen Auffstellung eines Hilfskorps aus ungarischen Freiwilligen an die ungarische Regierung gewandt habe. Malarow will dieses Korps mit den beiden weißen russischen Korps zusammen aufstellen und so schnell wie möglich an die Wrangelfront transportieren.

Der neue französische Ministerpräsident

Paris, 24. September. (Havas.)

Präsident Millerand hat Legues mit der Bildung des Kabinetts beauftragt. Legues hat angenommen und die Ministerpräsidentenliste und das Ministerium des Innern übernommen. Das übrige Kabinett bleibt im Amt.

Die Brüsseler Finanzkonferenz

Brüssel, 24. September.

In der belgischen Kammer wurde heute nachmittag die Finanzkonferenz eröffnet. Die Begrüßungsrede hielt Ador, der ehemalige schweizerische Bundespräsident. Er sprach den Delegierten den Dank des Völkerbundes für ihr Erscheinen aus und zeichnete mit wenigen Sätzen die heutige ökonomische und finanzielle Lage der europäischen Staaten unter den Einwirkungen des Krieges. Er bezeichnete es als das vornehmste Ziel der Konferenz, Grundlagen für Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Arbeiten zu finden. Ador bekannte sich zum Freihandel, kraft dessen die nationalen Schranken für Handel und Wandel beseitigt werden müßten. Dann begrüßte der belgische Ministerpräsident de la Croix die Delegierten im Namen des Königs und der Regierung.

Amsterdam und Moskau

Der Internationale Gewerkschaftsbund versendet „An alle organisierten Arbeiter“ eine Rundgebung. Sie bezieht sich auf ein in verschiedenen kommunistischen Blättern erschienenen Manifest des „Internationalen Rates der Fachverbände“, datiert Moskau, den 1. August 1920 und überschrieben: „An die Fachverbände aller Länder“.

Darin wird eingangs die Notwendigkeit des internationalen Zusammenschlusses und Kampfes der Gewerkschaften betont. Dann heißt es:

Die außergewöhnliche Stärke der Bourgeoisie beruht nicht allein auf ihrem Klassenbewusstsein, auf ihrer Organisation und ihrem tiefen Verständnis für die Internationalität des Kampfes, sondern vor allem darauf, daß die klassenbewußte Erziehung der breiten Massen noch so zurück ist und schließlich auf dem Umstand, daß sie sich in dem Kampf gegen die Arbeiterkräften kann auf die Arbeiterorganisationen. Das ist eine ungeheuerliche, aber es ist nichtsdestoweniger eine Tatsache.

Und in der Tat: was haben die Fachverbände der großen und kleinen Staaten während des Krieges getan? Die Fachverbände waren in ihrer Mehrheit die Hauptstützen der Kriegspolitik ihrer Regierungen. Sie haben in ihrem Land mit dem bürgerlich-nationalistischen Schurkenpaar Hand gearbeitet und in den Arbeitern die niedrigsten chauvinistischen Instinkte wachgerufen.

In Bern und Amsterdam haben sich die erprobten Kämpfer für die Interessen der Bourgeoisie wieder gefunden und die Herren Legien, Dudgeest, Jouhaux, Appleton, Compers usw. haben nach langen nationalistischen Diskussionen und gegenseitigen Beschuldigungen des Chauvinismus den Internationalen Gewerkschaftsbund errichtet. Welches sind die Grundlagen dieses Bundes? Was ist sein Programm? Die Antwort auf diese Fragen findet man in der Tatsache ausgedrückt, daß die voranstehenden Führer und Leiter des Internationalen Gewerkschaftsbundes gleichzeitig auch die Hauptleiter des berücksichtigten Arbeitsamtes des raubhütigen Völkerbundes sind, der aus Vertretern der organisierten Unternehmer, der Gewerkschaften und der „neutralen“ bürgerlichen Regierungen zusammengesetzt ist! Die hauptsächlichste Aufgabe dieses Amtes besteht darin, die Zusammenarbeit der Klassen fortzusetzen und zu befestigen, um die Arbeiter durch das internationale Kapital weiter auszubeuten, worauf sich ja die ganze Kriegspolitik der imperialistischen Länder stützt.

Hieraus ergibt sich mit absoluter Deutlichkeit, daß der Amsterdamer Gewerkschaftsbund nichts anderes ist als ein Deckmantel für die gelben Führer der Gewerkschaftsbewegung, die zum Imperialismus übergegangen sind und die gegenwärtig genau so wie während des Krieges damit beschäftigt sind, die organisierte Macht der Arbeiterbewegung zugunsten der kapitalistischen Gesellschaft auszunutzen. . . .

Ein trasses Beispiel für diese Unfruchtbarkeit ist die Haltung des Amsterdamer Gewerkschaftsbundes gegenüber Sowjet-Ungarn und Sowjet-Rußland. Ohne irgendeinen Protest von seiner Seite konnte Sowjet-Ungarn erdrückt werden und als sie dann einen schwachen Versuch unternahm, um durch den organisierten Boykott den Denker Horth, der mit seiner weißen Terrorpolitik die Idee der Zusammenarbeit der Klassen allzu offensichtlich kompromittiert hatte, zur Vernunft zu bringen, so hat sie dies nur getan, um allseitig darauf mit denselben Denkern Kompromisse zu schließen. Gegenüber Sowjet-Rußland handelt der Internationale Gewerkschaftsbund in genau derselben Weise. Bis jetzt hat er sich noch nicht einmal die Mühe genommen, gegen die Einmischung der fremden Mächte in die russischen Angelegenheiten in bestimmter und entschiedener Form zu protestieren, obwohl er sehr wohl weiß, daß diese zuwiderstehende Haltung der Entente außerordentlich zustrafen kommt. . . .

Aber die Gewerkschaftsbewegung der ganzen Welt kann sich mit der Feststellung dieser Tatsachen nicht begnügen. Der soziale Kampf wird immer härter. Der Bürgerkrieg hat das nationale Maß längst überschritten. In diesem erbitterten Kampf zweier feindlichen Welten nehmen die revolutionären Klassenorganisationen teil und sie können nicht anders als daran teilnehmen Schulter an Schulter mit den kommunistischen Parteien der verschiedenen Länder. Es ist klar, daß der Internationale Gewerkschaftsbund, der zum Handlanger des Völkerbundes geworden ist, nicht das leitende Zentralorgan der revolutionären Gewerkschaftsbewegung sein kann. Ein solches Zentralorgan, ein solcher Stab mußte als Gegengewicht gegenüber dem Internationalen Gewerkschaftsbund geschaffen werden, und so wurde von den Fachverbänden Dänemarks, Englands, Italiens, Spaniens, Jugoslawiens, Bulgariens, Frankreichs und Georgiens

am 15. Juli in Moskau ein neues Organ unter dem Namen „Internationaler Rat der Fachverbände“ ins Leben gerufen.

Es folgt dann die Aufforderung, den Moskauer Internationalen Rat zu stärken und die Amsterdamer Internationalen Rat zu bekämpfen.

Zu diesem Manifest, das Richtiges mit falschem unbedenklich mischt, schreibt das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam:

Es liegt für den Internationalen Gewerkschaftsbund kein Anlaß vor, sich gegen diese unvernünftigen Angriffe zu verteidigen, die von eifrigen Personen ausgehen, die nicht einmal den Mut ausbringen, ihren Namen darunter zu setzen.

Immerhin soll darauf hingewiesen werden, daß dieser sogenannte „Internationaler Rat der Fachverbände“ in Wirklichkeit nicht besteht. Er vertritt niemanden; er ist nichts als Schwindel und Bluff. Das geht schon aus der Annahme hervor, im Namen der Gewerkschaften Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und Spaniens zu sprechen. In Wahrheit sind die Gewerkschaften dieser Länder ebenso wie die von 18 anderen Ländern dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossen.

Die anonymen Verfasser dieses Manifestes sind entweder bewußte Lügner oder armenische Ignoranten, die von den Grundrissen, der Tätigkeit und den Zielen des Internationalen Gewerkschaftsbundes keine Ahnung haben.

Die Beschuldigung der Abhängigkeit vom Völkerbund und vom Internationalen Arbeitsamt liefert dafür den Beweis. Der Internationale Gewerkschaftsbund hat seine Unabhängigkeit gegenüber beiden Körpern stets streng gewahrt und er hat sich, wenn dies nötig war, gegen ihn gewendet und er wird es auch weiter tun, wenn das Interesse der Arbeiter es erfordert.

Die Beschuldigung, daß der Internationale Gewerkschaftsbund machtlos und eine Organisation von Geblen und Verrätern sei, wird widerlegt durch alles, was der Bund seit den wenigen Monaten seines Bestandes getan hat.

In Washington hat der Internationale Gewerkschaftsbund den Völkerbund verpflichtet, dem deutschen und österreichischen Volke dieselben Rechte anzusprechen, die sich die Arbeiter der anderen Länder erkämpft hatten.

Als die österreichischen Arbeiter vor Hunger umkamen, hat der Gewerkschaftsbund für Nahrung gesorgt und ihnen geholfen, ihre Organisation und ihre industrielle Kraft zu erhalten.

Als der weiße Schrecken Ungarn zu Boden warf, war es wieder der Internationale Gewerkschaftsbund, der dagegen einschritt und den Kontort über dieses Land verhängte. Und als infolge der Situation zwischen Polen und Rußland neuerlich ein Krieg über die Welt hereinzubrechen drohte, war es gleichfalls der Internationale Gewerkschaftsbund und die ihm angeschlossenen Organisationen, die den Transport von Waffen und anderem Kriegsmaterial verhinderten.

Einzig der Internationale Gewerkschaftsbund hat Taten aufzuweisen, während seine Kritiker sich damit begnügen, Manifeste herauszugeben und logenartige revolutionäre Reden zu halten.

Der Internationale Gewerkschaftsbund wird auch in Zukunft bleiben, was er in der Vergangenheit war. Er hat keine Inkonsistenzen zu empfangen, weder von rechts noch von links. Er wird sich jeder Diktatur widersetzen, komme sie nun von Moskau oder sonstwo. Er hat nur ein Ziel: die Befreiung der Arbeiter vom Joch ihrer Unterdrücker — ihrer politischen ebenso wie ihrer wirtschaftlichen. Der Internationale Gewerkschaftsbund wird der Moskauer Tendenz, die Arbeiter um politischer Zwecke Willen zu entzweien, den proletarischen alten Schlachtruf entgegenstellen: „Proletarier aller Länder vereint Euch!“

Diese Erwiderung ist unterzeichnet von W. A. Appleton, Vorsitzender; L. Jouhaux, 1. Vize-Vorsitzender; E. Kertens, 2. Vize-Vorsitzender; Edo Jimmen, J. Dudgeest, Sekretäre.

Die Ausführung des Steuerabzuges

Dem Reichsfinanzministerium wird mitgeteilt: In der Bekanntmachung vom 1. d. Mts betreffend Erleichterungen bei Ausführung des Steuerabzuges vom Arbeitslohn — Zentralblatt für das Deutsche Reich Seite 1403 — war die Gültigkeit des § 1b der vorläufigen Bestimmungen vom 28. Juli 1920 zur Ausführung des Gesetzes zur ergänzenden Regelung des Steuerabzuges vom Arbeitslohn vom 21. Juli 1920 betreffend Freilassung von Durchschnittsbeträgen bei dem Steuerabzug bis Ende September verlängert worden. Hierdurch war dem Arbeitgeber in weitestem Umfange die Möglichkeit gegeben, sich auf die Durchführung der Vorschriften des Ergänzungsgesetzes vom 21. Juli 1920 einzurichten.

Es muß daher davon abgesehen werden, auch nach dem 30. September die Freilassung von Durchschnittsbeträgen zuzulassen. Bei den nach dem 30. September stattfindenden Lohnabgaben ist daher in allen Fällen nach der Vorschrift des § 1 der vorläufigen Bestimmungen zu verfahren.

Gewerkschaftliches

Sabotage der Unternehmer im Gastwirtsgerwerbe

Man schreibt uns: Eine raffinierte Handlungsweise läßt die beachtliche Schließung des Restaurants „Wilhelmshallen am Zoo“ durch die Hotelbetriebs-L.G. erkennen. Das am Bahnhof Zoologischer Garten gelegene Etablissement hat einen vorzüglichen Geschäftsgang. Trotz eines Umsatzes von einer halben Million im Monat kann die Direktion aber angeblich keinen Ueberschuß erzielen; sie erklärt sich nicht für befähigt, den Betrieb rentabel zu gestalten, und schließt ihn deshalb. Schuld an der Unrentabilität des Betriebes sollen die hohen Löhne sein.

Um die wahren Gründe für die Schließung zu erkennen, muß die Vorgeschichte erwähnt werden. Im Juli d. J. wurde ohne Besprechung mit dem Betriebsrat plötzlich acht Kellnern gekündigt. Auf Einpruch des Betriebsrates fand eine Verhandlung bei der Generaldirektion statt, wo als Entlassungsgrund eine Unterbilanz vorgelegt wurde, die man mit den hohen Löhnen begründete. Bei einer weiteren Verhandlung wurden die Kündigungen zurückgezogen und für die Kellner die sechsstündigen Schicht eingeführt. Durch dieses Ergebnis wurde die Absicht der Generaldirektion, einen Abbau der Arbeitskräfte in ihrem Konzern zu beginnen, durchkreuzt; gleichzeitig wurde durch den Betriebsrat darauf hingewiesen, daß für die Unterbilanz in erster Linie die Geschäftsführung der „Wilhelmshallen“-Direktion die Schuld trägt und daß die Unterbilanz durch nicht einwandfreie kaufmännische Leitung künstlich vergrößert worden ist. Daß das Ergebnis die Generaldirektion in hohem Maße kränkte, wird dadurch bewiesen, daß dem Personal der „Wilhelmshallen“ die Gratifikation, die sämtliche Hotel- und Restaurant-Angestellten der Hotelbetriebs-L.G. in Höhe eines Wochenlohnes bekommen haben, vorenthalten blieb.

Am 31. August wurde nun dem gesamten Personal zum 1. Oktober gekündigt, und die reiche Hotelbetriebs-L.G. mit ihren vielen Millionen Reinerwerb in den letzten Geschäftsjahr setzt 104 Arbeiter auf die Straße. Die Steuerzahler zahlen für die Erwerbslosenfürsorge und kein Arbeits- oder Wirtschaftsministerium hat die Mächte, diesen Schädlingen am Volkswohl ihre Pflicht klarzumachen.

Der Betriebsrat wird noch Gelegenheit nehmen und den Aktionären der Gesellschaft Auskunft über die Korruption geben, die unter der Direktion Pfeiffer herrschte und die die Generaldirektion nicht fähig war, rechtzeitig zu erkennen.

Streik in den Mühlen Groß-Berlins

Die Versammlung der Mühlenarbeiter Groß-Berlins schloß gestern abend einstimmig das Ultimatum der Mühlenbesitzer ab. Die nach dem Gegenangebot der Unternehmer anzunehmenden Löhne fanden weit unter den vom Schlichtungsausschuß zugesprochenen Sätzen. Die Versammelten erklärten, mit allen Mitteln für ihre gerechten Forderungen einzutreten.

Neue Tarifverhandlungen bei den Berufsgenossenschaften

Eine außerordentlich stark besuchte Mitgliederversammlung des Zentralverband der Angestellten organisierten Berufsgenossenschaftsangehörten nahm am 21. September 1920 Stellung zu den Beschlüssen des Arbeitgeberverbandes Deutscher Berufsgenossenschafts vom 7. September 1920. Diese Beschlüsse bringen die Verhandlungsbereitschaft des Arbeitgeberverbandes auf veränderter Grundlage zum Ausdruck. Kollege Heilmann legte in seinen Ausführungen die Gründe dar, die den Arbeitgeberverband veranlassen, schon jetzt über einen Tarif zu verhandeln zu wollen, und besprach die Aussichten des möglichen Verhandlungsergebnisses. Er kam zu dem Schluß, daß unter Berücksichtigung aller Momente die Sektionsleitung der Versammlung den Eintritt in die angebotenen Verhandlungen empfehle.

Nach ausgiebiger Debatte beschloß die Versammlung gegen eine Stimme in diesem Sinne.

In einer demnächst einzuberufenden Funktionärerversammlung sollen die Teilnehmer der Verhandlungskommission gewählt werden.

Wichtig Einsehen! Laut Branchenbeschuß beträgt der Lohn zur Zeit 7,50 Mark. Die Kollegen sind verpflichtet, denselben dort.

Die Utopie in der Wirklichkeit

Eine Friedensnovelle

von

August Strindberg.

Als er an die Wand kam, trat er in etwas Niedriges und nahm jenen dumpfen, klagen Geruch wahr, den man im Fleischladen verspürt. Und jetzt sah er, daß es derselbe Weinstock war, ganz derselbe, aber der Bewurf der Wand war zerbrochen und mit Blut bespritzt. Hier war es also! Hier war „es“ geschehen!

Er ging sofort weg. Als er in den Hausflur kam, strauchelte er an etwas Schlüpfrigem, das unter seinen Füßen lag. Er zog sich im Flur die Stiefel aus und warf sie auf den Hof. Darauf ging er in sein Zimmer, wo sein Abendbrot aufgestellt war. Er fühlte einen furchtbaren Hunger, aber er konnte nicht essen. Er blieb stehen und sah hier auf den gedeckten Tisch. Da war alles so nett gedeckt; der Butterkloß war so fein, so weiß mit seinem kleinen eingedrückten Radieschen an der Spitze; das Tischglas war weiß, und er sah, daß es mit Buchstaben gezeichnet war, die sich nicht am Anfange seines noch des Namens seiner Frau fanden; der runde Ziegenkäse lag so nett auf seinem Weinlaub, als habe mehr als die Furcht vor Aushebung oder Brandstiftung ihre Hand dabei gehabt; das schöne, weiße Brot, dem braunen Roggenbrot so unähnlich, der rote Wein in der geschliffenen Karaffe, die schwarz roten roten Gigotstücken; alles war von freundlichen Händen geordnet. Doch er schämte sich, das Essen anzurühren. Er sah plötzlich nach der Glocke und klingelte. Augenblicklich trat die Wirtin ein und blieb an der Tür stehen, ohne ein Wort zu sagen. Sie sah auf seine Füße nieder und wartete auf einen Befehl. Der Leutnant wußte nicht, was er wollte, und erinnerte sich nicht, warum er klingelte hatte. Doch er mußte sprechen.

— Sind Sie böse auf mich? — stieß er hervor.
— Nein, mein Herr —, antwortete das demütige Weib.
— Wünschen Sie etwas, mein Herr? — Und sie sah wieder auf seine Füße.

Er blide nieder, um nachzusehen, wohin sie sah, und da entdeckte er, daß er in Strümpfen stand, und daß der Boden ganz voll von Spuren war, roten Spuren mit dem Abdruck der Fehen, wo der Strumpf entzweigegangen war, denn so lange hatte er an dem Tage marschiert.

— Geben Sie mir Ihre Hand, gute Frau —, sagte er und reichte ihr die seine.

— Nein —, antwortete das Weib und sah ihm gerade in die Augen, und damit ging sie.

Herr von Bleichroden schien nach diesem Schimpf Mut zu fassen und nahm einen Stuhl, um sich zum Essen hinzusetzen. Er hob die Fleischschüssel, um sich zu bedienen, als ihm aber der Fleischgeruch in die Höhe des Gesichtes kam, wurde ihm übel; er stand auf, öffnete das Fenster und warf die ganze Schüssel auf den Hof. Er zitterte am ganzen Körper und fühlte sich krank! Sein Auge war so empfindlich, daß das Licht ihn plagte und alle starken Farben ihn reizten. Er warf jetzt die Weinstocke hinaus und nahm das rote Radieschen aus der Butter, die roten Malermützen, die Palette, alles, was rot war, mußte hinaus. Und darauf legte er sich aufs Bett. Seine Augen waren müde, aber sie konnten sich nicht schließen. So lag er eine Weile, bis er Stimmen im Schenksaal hörte. Er wollte nicht lauschen, doch seine Ohren mußten hören, und er hörte, daß es zwei Korporale waren, die Bier tranken. Und sie sprachen:

— Das waren steife Jungen, die beiden kurzgewachsenen, aber der Lange war schwach. —

— Es ist nicht gesagt, daß er schwach war, weil er wie ein Lappen an der Mauer zusammensiel, denn er hat, wir möchten ihn am Spalier aufhaken, weil er stehen wollte, sagte er. —

— Aber die anderen, hol mich der Teufel, standen die nicht, die Arme über der Brust gekreuzt, als sollten sie fotografiert werden! —

— Ja, doch als der Priester zu ihnen ans Billard kam und ihnen sagte, daß alles verloren sei, da sollen sie sich alle drei mitten im Zimmer erbrochen haben, so sagte der Sergeant wenigstens, aber schreien taten sie nicht, und nicht einen Laut um Gnade! —

— Ja, es waren Teufelskerle! Gesundheit! —

Herr von Bleichroden reckte den Kopf in die Kissen und stopfte das Lafen in die Ohren. Dann aber stand er auf. Es war, als ob ihn etwas zur Tür, hinter der die Sprechenden saßen, jöge und jöge. Er wollte mehr hören, doch die Leute sprachen jetzt leise. Er schlich darum vor, und den Rücken im rechten Winkel gespannt, legte er das Ohr ans Schlüsselloch und horchte.

— Aber hast du unsere Leute angesehen? Waren die nicht so grau im Gesicht wie die Mähe hier in der Weide, und wie viele Kugeln in die Luft. Sprich nur nicht davon. Aber die andern belamen doch, was sie haben sollten! Und sie wogen schon einige Pfund mehr, als sie gingen! Es war, als habe man Krametsvögel mit Kartätschen geschossen. —

— Sahst du die roten Priesterjungen, die da standen und mit den Kaffeebrennern eine Oper sangen! Es war, wie wenn man ein Licht schneuzt, als es knallte. Sie rollten ins Erbsenbeet wie Spagen und schlugen mit den Füßeln und verdrehten die Augen! Und dann die alten Weiber, die famen und die Reste aufstapeln! O, o, o! Aber so geht es zu im Kriege! Gesundheit! —

Herr von Bleichroden hatte genug gehört, und das Blut hatte sein Gehirn so überfüllt, daß er nicht schlafen konnte. Er ging in das Schenkzimmer hinaus und bat die Leute, heimzugehen.

Darauf entkleidete er sich, tauchte den Kopf ins Waschbecken, nahm seinen Schopenhauer und legte sich nieder, um zu lesen. Und er las mit brennenden Füssen:

„Geburt und Tod gehören auf gleiche Weise zum Leben und halten sich das Gleichgewicht als wechselseitige Bedingungen voneinander, oder als Pole der gesamten Lebenserscheinung. Die weisse aller Mythologien, die indische, drückt dieses dadurch aus, daß sie gerade dem Gotte, welcher die Zerstörung symbolisiert, gerade dem Sájwa, zugleich mit dem Halsband von Totenköpfen, den Lingam zum Attribut gibt, dieses Symbol der Zeugung. . . . Der Tod ist die schmerzhafteste Auflösung des Knotens, der bei der Schöpfung in Wollust geknüpft wurde; er ist die gewaltsame Zerstörung des Grundirrtums unseres Daseins, er ist die Befreiung von einem Wahn.“

Er ließ das Buch fahren, denn er hörte jemand schreien und in sein eigenes Bett schlagen! Wer war im Bette? Er sah einen Körper, dessen Unterleib von einem Krampf zusammengepreßt wurde und dessen Brustkasten wie die Dauben in einem Viertel gespannt war, und er hörte eine wunderliche hohle Stimme unter dem Lafen schreien. Das war ja sein eigener Körper! War er denn entzweit gegangen, da er sich selbst sah, sich selbst wie eine andere Person hörte? Das Schreien dauerte fort! Die Tür öffnete sich, und das demütige Weib trat ein, wahrhaftig, nachdem sie geklopft hatte.

— Was befehlen Sie, Herr Leutnant? — fragte sie mit brennenden Augen und einem eigenen Lächeln auf den Lippen.

— Ich? — antwortete der Kranke, — nichts! Aber er ist allerdings sehr elend und möchte einen Arzt haben! —

— Hier gibt es keinen Arzt, aber der Pastor pflegt uns zu helfen —, antwortete das Weib, das nicht mehr lächelte.

— Dann schicken Sie nach dem Priester! — sagte der Leutnant. — Er liebt die Priester sonst nicht. —

(Fortsetzung folgt.)

